

zahlreiche Seiten. Das hat auch damit zu tun, dass die Bereitstellung von Online-Findbüchern und die Digitalisierung der Bestände in den USA deutlich weiter fortgeschritten ist. Eine exemplarische Suche nach wichtigen deutschsprachigen Archiven zeigt u. a. die Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur (Stuttgart) und das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum e. V. (apabiz) (Berlin), wenn auch unter dem Verweis auf die Archivbestände des Otto-Stammer-Zentrums. Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a.) findet sich hingegen nicht. Einzelne Sammlungen, wie zum Beispiel die Bernd Ewald Althans Collection, werden angezeigt. Dieser Befund entwertet nicht die umfangreiche Arbeit, die in dieser Publikation steckt, verweist nochmals auf den großen Wert, den die genannten Einrichtungen für die Forschung zur extremen Rechten in Deutschland haben.

Die Bände verweisen auf ganz unterschiedliche Organisationen und Institutionen, bei denen sich Archivalien finden lassen. Wo etwa feministische Gruppen Material über (militante) Gegner*innen des Schwangerschaftsabbruchs gesammelt haben, finden sich auch entsprechende Verweise. Beeindruckend ist die Unterschiedlichkeit der ausgewiesenen Archivalien: Es handelt sich um Sammlungen persönlicher und institutioneller Nachlässe, um Archive rechter Zeitschriften (u. a. in japanischer, rumänischer und russischer Sprache), um Sammlungen von Flugblättern, Ephemera, Vertikalakten und Presseauschnitten, um mündliche Überlieferungen, archivierte Websites, um Mikrofilm- und Mikrofiche-Sammlungen mit rechtem Material.

Von unschätzbarem Wert ist dieses Werk insbesondere für die zeithistorische Forschung zu Konservatismus und (extrem) rechten Akteur*innen. Auch mit Blick auf das Auffinden von Informationen und Primärquellen zu entsprechenden transnationalen Netzwerke wird der Nutzen kaum zu bestreiten sein.

In der Einleitung bittet der Autor darum, Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Diesem Wunsch sollte entsprochen werden.

Harwardt, Darius (2019). Verehrter Feind. Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik

Frankfurt/New York: Campus Verlag. 560 Seiten, ISBN 978-3-593-51111-5, 49,00 Euro
von Matheus Hagedorn

Die Haltung zu den USA war und ist ein Kernproblem für jede nationalistische Identifikation in Deutschland. Sie beantwortet mehr als eine außenpolitische Frage. Im frühen 20. Jahrhundert avancierte „Amerikanisierung“ zu einem Sammelbegriff für die gesellschaftlichen Umwälzungen der weltmarktorientierten Industriegesellschaft. Der Nationalsozialismus radikalisierte die ambivalenten Amerikabilder der Weimarer Zeit zu dem einer so mächtigen wie heillos zerrütteten US-Zivilisation, welche einen antisemitisch begründeten Kontrast zu einer völkisch verwurzelten europäischen Kultur darstellen sollte. Die (west-)deutsche äußerste Rechte der Nachkriegszeit empfand die Eingliederung der Bundesrepublik in eine US-ge-

führte politische, wirtschaftliche und militärische Ordnung entsprechend als absoluten Souveränitätsverlust und kulturelle Schmach. Aus rechter Perspektive vertiefte die Westbindung die Teilung Deutschlands. Die Verbitterung darüber traf jedoch auf die Einsicht, mit der Siegermacht USA einen Feind zu teilen: die Sowjetunion.

Darius Harwardts Studie *Verehrter Feind* setzt historisch bei dieser widersprüchlichen Verortung der Rechten in der frühen Bundesrepublik ein. Den politikwissenschaftlichen Containerbegriff Neue Rechte verabschiedet Harwardt zugunsten des funktional-soziologischen des Rechtsintellektuellen. Seine Untersuchung der *Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik*, so der Untertitel, versteht der Historiker als „analytische Sonde“ (Harwardt 2019: 14), mit der sich zentrale Ideologeme der postnazistischen Rechten ermitteln ließen. Der Untersuchungszeitraum von 1970 bis 2017 ermöglicht es, die langfristige intellektuelle Entwicklung repräsentativer Akteur*innen anhand ihrer Amerikaverständnisse nachzuvollziehen, die sich jeweils zu einer projektiven „mental Landkarte“ (Harwardt 2019: 56 f.) zusammensetzen. Diese entstehe jeweils nicht mittels isolierter Autoren oder anonymer Diskurse, sondern durch „intellektuelle Gruppenbildungsprozesse“ (Harwardt 2019: 26). Das ist ein vielversprechender Zugang, waren es in der frühen Bundesrepublik doch akademisch gut vernetzte informelle Zirkel, in denen die „Instrumentalisierung von Amerikabildern“ (Harwardt 2019: 78) für politische Zwecke eingeübt wurde.

Ein Produkt solchen Austauschs ist die von Armin Mohler und Caspar von Schrenck-Notzing 1970 gegründete Zeitschrift *Criticón*, die gegen eine amerikanisch chiffrierte Liberalisierung der Bundesrepublik antreten wollte. Auch andere Zeitschriftenprojekte wie das CDU/CSU-nahe *Deutschland-Magazin* versuchten, die konservative „Tendenzwende“ der 1970er-Jahre für einen illiberalen Aufbruch zu nutzen, ohne die antiamerikanische Richtung gleichermaßen zu teilen. Doch diese „Tendenzwende“ mündete weniger in nationalistischer Politik als in einer der Moderne skeptisch gegenüberstehenden Grundstimmung, von der zunächst eher die GRÜNEN und eine durchaus antiamerikanisch agitierende Friedensbewegung profitierten. Auch die von Bundeskanzler Helmut Kohl für die 1980er versprochene „geistig-moralische Wende“ enttäuschte viele Rechtsintellektuelle und sorgte bei ihnen für zunehmende Entfremdung von den Unionsparteien. Es waren diese und andere Auseinandersetzungen, Krisen und Strategiedebatten, die ein ausdifferenziertes Angebot an rechten Zeitschriften (*Nation Europa*, *Criticón*, *Deutschland-Magazin*, *wir selbst*, *Junge Freiheit*, *Sezession* u. a.) begünstigten. Im Gefolge des nationalen Taumels der Vereinigung machte die „dritte rechtsintellektuelle Generation“ (Harwardt 2019: 294) um Rainer Zitelmann und Karlheinz Weißmann schließlich Ausflüge in den arrivierten Teil der (west-)deutschen Publizistik.

Erzählt wird diese Intellektuellengeschichte entlang historischer Zäsuren (,1968‘, NATO-Doppelbeschluss, Vereinigung beider deutscher Staaten, Zweiter Golfkrieg, 11. September 2001), „die das Verhältnis zu Amerika betreffen, in Frage stellen und von gesellschaftlichen Akteuren eine Stellungnahme verlangen“ (Harwardt 2019: 76). So wird es möglich, rechtsintellektuelle Amerikabilder bündig zu verfolgen. Die Untersuchung geht dabei nicht nur vom Begriff des Antiamerikanismus aus, was sich als hilfreich erweist. Der offenere Zugriff über Stereotypenforschung ist besser geeignet, leidenschaftliche Feindseligkeiten, amoralische Bündniserwägungen, ideologisch motivierte Kooperationswünsche und den Neid gegenüber der Weltmacht USA zu erfassen.

Harwardts Studie zeigt, wie weite Teile der Rechtsintellektuellen seit den 1980ern ihrerseits eine spezifische Weise der „Amerikanisierung“ durchliefen. Mit der Präsidentschaft

des vom Neokonservativismus beeinflussten Ronald Reagan waren insbesondere das uni-onsnahe *Deutschland-Magazin* und der *Criticón*-Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing darum bemüht, Impulse des amerikanischen Neokonservatismus aufzunehmen oder einen rechten Transatlantismus zu fördern. Die seit den 2000ern verstärkte Moralisierung der Politik durch neokonservative Rechtsintellektuelle versteht Harwardt als Gegenentwurf zu dem unter Rechten hegemonialen Begriff des Politischen nach Carl Schmitt. Für die strikt antiliberalen Denkweisen der Neuen Rechten ist der vordergründig grundgesetztreue, proamerikanische und muslimenfeindliche Rechtspopulismus eine Herausforderung. Wie diese Auseinandersetzung ausgeht, wird sich zeigen. Der rechtsintellektuelle Streit darum, wer der Hauptfeind Deutschlands ist, ist bis heute nicht entschieden. Die ausführlichen Darlegungen werden nur kurz von der Behauptung irritiert, „neokonservative Rechtsintellektuelle“ bildeten „eine Symbiose mit genau den radikal islamistischen Stimmen, die zu bekämpfen man vorgab“ (Harwardt 2019: 467). Ansonsten vermeidet Harwardt ähnlich schmissige Verkürzungen.

Verehrter Feind hat eine große Forschungslücke methodisch schlüssig bearbeitet. Mit dieser umfangreichen, auf breiter Quellenbasis entwickelten Studie gelingt ein grundlegender Beitrag zu einer *intellectual history* der Rechten in Deutschland.

Kliegel, Thomas & Roßbach, Matthias (Hrsg.). (2020). Das NPD-Verbotsverfahren

Tübingen: Mohr Siebeck. 1.521 Seiten, ISBN: 978-3-16-155875-7, 298,00 Euro
von Fabian Virchow

Nutzen und Gefahren des Verbots extrem rechter Vereinigungen und Parteien werden kontrovers diskutiert – mit Blick auf die AfD ist die Debatte noch rudimentär, hinsichtlich der NPD sind zahlreiche Beiträge und Perspektiven publiziert worden. Nachdem das erste Verbotsverfahren, eingeleitet im Jahr 2001 und verhandelt vor dem Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003, an der Frage der ‚fehlenden Staatsferne‘ (vulgo: V-Leute in den Leitungsebenen der Partei) gescheitert war, beschlossen die Bundesländer im Dezember 2012, einen erneuten Verbotsantrag zu stellen. Dieser wurde im Januar 2017 vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen: Zwar wurde die Verfassungswidrigkeit der NPD festgestellt, ein Verbot aber aus Gründen der Verhältnismäßigkeit verworfen.

Nun haben Thomas Kliegel, Richter am Landgericht Essen und im NPD-Verbotsverfahren federführender Mitarbeiter des Berichterstatters Peter Müller, und Matthias Roßbach, derzeit leitender Ministerialrat in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund, eine umfangreiche Dokumentation des zweiten NPD-Verbotsverfahrens vorgelegt.

Der Band enthält eine Einführung mit dem Titel ‚Die Erträge des Verfahrens‘ (1–23), einen Prolog mit einer knappen Skizze zum ersten Verfahren (25–36) sowie den fast 1.500 Seiten umfassenden Hauptteil zum zweiten Verfahren. Dieser ist dreigeteilt: er enthält die von den Prozessparteien ausgetauschten Schriftsätze (39–876), darunter die Antragschrift (39–221), Stellungnahmen der NPD sowie Beschlüsse, etwa zu den Befangenheitsanträgen der